

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

23. Sitzung vom 19. Mai 2025 von 19:00 bis 21.20 Uhr Casino Wohlen

---

<b>Vorsitz</b>	Marc Läufer, Präsident
<b>Protokollführung</b>	Michelle Hunziker, Gemeindeschreiberin II
<b>Präsenz</b>	<b>Einwohnerrat</b> Mitglieder des Einwohnerrats: 38 Absolutes Mehr: 20 Zweidrittelsmehr: 26  <b>Gemeinderat</b> Arsène Perroud, Gemeindeammann Thomas Burkard, Vizeammann Roland Vogt, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin Denise Strasser, Gemeinderätin  <b>Weitere Anwesende</b> Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Jessica Wüest, Gemeindeschreiber-Stv. Melanie Wegmann, Sachbearbeiterin Kanzlei Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen Nicole Brunner, Abteilungsleiterin Regionales Betreibungsamt Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung Gaetano Fiscelli, Abteilungsleiter Baugesuche
<b>Entschuldigungen</b>	Eugen Galliker, FDP Owen Hyde, SP

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von
  - Matthias Schneider, SP
3. Dringliche Motion 15143 betreffend Ergänzung Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertung» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024
4. Bericht und Antrag 15145 Eigentümerstrategie IB Wohlen AG 2025-2028 – Kenntnisnahme
5. Bericht und Antrag 15146 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2025 im Bereich Finanzen & Ressourcen – Regionales Betriebsamt
6. Bericht und Antrag 15144 «Rigacker» – Verpflichtungskredit für die Erarbeitung des Rahmengestaltungsplans
7. Motion 15109 betreffend Finanzstrategie
8. Motion 15122 betreffend kosten von neuen Stellen andernorts einsparen (Kostenneutralität)
9. Antwort zur Anfrage 15125 betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung Gemeindehaus
10. Antwort zur Anfrage 15138 zum Verkauf gemeindeeigener Liegenschaften

Läufer Marc, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates zu verzeichnen:

- Haltung zur Motion 15109 betreffend Finanzstrategie
- Antwort zur Anfrage 15125 betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung Gemeindehaus
- Antwort zur Anfrage 15138 betreffend Verkauf gemeindeeigener Liegenschaften
- Bericht und Antrag 15144 «Rigacker» – Verpflichtungskredit für die Erarbeitung des Rahmgestaltungsplans
- Bericht und Antrag 15145 Eigentümerstrategie IB Wohlen AG 2025-2028 – Kenntnisnahme
- Bericht und Antrag 15146 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2025 im Bereich Finanzen & Ressourcen – Regionales Betriebsamt
- Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2024 (15147)
- Einladung zur 23. Einwohnerratssitzung vom 19. Mai 2025

Es liegt auf:

- Flyer integrative Schule der Mittepartei
- Haltung zur dringlichen Motion 15143 betreffend Ergänzung Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertung» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024

**Inpflichtnahme von Matthias Schneider, SP**

---

Läufer Marc, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Matthias Schneider, SP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Matthias Schneider ist somit als Nachfolger von Mergim Gutaj, SP, in Pflicht genommen.

**Dringliche Motion 15143 betreffend Ergänzung Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung im Budgetbericht «Weitere Detailzahlen und Auswertung» wie in den Jahren bis und mit Budget 2024**

---

Hauri Claudia, SVP: Das Budget 2026 befindet sich derzeit in der Ausarbeitung durch die Gemeindeverwaltung, damit es im Herbst an der Einwohnerratssitzung präsentiert werden kann. Ich möchte, dass die Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung bereits im aktuell erarbeiteten Budget 2026 enthalten sind und nicht erst im Folgejahr nachgereicht werden. Aus diesem Grund beantrage ich, dass der Einwohnerrat heute entscheidet, ob wir für oder gegen diese Erläuterungen sind. Aus diesem Grund bitte ich Sie, dieser dringlichen Motion zuzustimmen. Die Fraktion der SVP Wohlen-Anglikon wird der Motion einstimmig zustimmen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Aus Sicht des Gemeinderates ist diese Motion nicht dringlich. Wir stehen im Budgetprozess noch ganz am Anfang. Daher kann diese Motion auch noch an der Juni Sitzung behandelt werden. Dann hätten die Parteien zudem genügend Zeit zur Vorbereitung, da einige Parteien von dieser Motion vermutlich überrumpelt wurden.

#### **Einzelvoten**

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich habe diesbezüglich eine Frage: Ist es sicher, dass diese Motion dann in der Sitzung im Juni traktandiert wird? Es geht mir dabei auch um die Dringlichkeit.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Die Traktandenliste wird vom Einwohnerratspräsident erstellt. Ich bin der Meinung, dass diese Motion in dieser Sitzung Platz findet.

Läuffer Marc, Präsident: Die Motion hat Platz und wird im Juni traktandiert.

#### **Abstimmung über Dringlichkeit**

*Die Dringlichkeit wird mit 15 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen abgelehnt.*

**Bericht und Antrag 15145 Eigentümerstrategie IB Wohlen AG 2025-2028  
– Kenntnisnahme**

---

Schmid Patrick, FGPK: Wir von der FGPK bedanken uns ganz herzlich bei Hans-Ulrich Pfyffer, Peter Lehmann, Christoph Weibel und Arsène Perroud für die Beantwortung von unseren teilweise recht kritischen Fragen zum Bericht und Antrag der Eigentümerstrategie. Die Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG hat im Wesentlichen drei unternehmerische Bereiche.

1. Die Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wasser.
2. Die Wirtschaftlichkeit, welche aufgrund der Dividende sehr wichtig für die Gemeinde ist und sich positiv auf unsere Kasse auswirkt.
3. Die Nachhaltigkeit und Ökologie.

Die unternehmerischen Zielsetzungen im Detail lassen sich in neun Themenbereiche gliedern und sollen bis 2030 erreicht werden. Einige von diesen Themen sind auf gutem Wege, und zwar:

- Die Gewährleistung einer sicheren Versorgung bis 2030 ist schon gegeben oder sogar erreicht.
- Wir haben eine Energieindikatorenbasis vorab mit dem Energiekataster, welcher umgesetzt und bereits erreicht wurde.
- Die Reduktion des durchschnittlichen Stromverbrauches um 10% haben wir ebenfalls erreicht. Ausgeschlossen sind hierbei Wärmepumpen und Mobilität. Als Stromverbrauch kann man dies grundsätzlich nicht benennen.
- Der Ausbau der Solarenergie auf 3.5 m<sup>2</sup> pro Einwohner wurde überschritten. Wir sind schweizweit gut unterwegs.
- Die Vorreiterrolle von der Nutzung der neusten erneuerbaren Energien wurde ebenfalls erreicht.
- Das Wachstum durch Kooperationen unter Berücksichtigung mit einem adäquaten Risikomanagement wurde ebenfalls erreicht.
- Das Angebot und die Beratung für Lösungen der Ladeinfrastruktur im Bereich der Elektromobilität wurde ebenfalls erreicht.

Ein Punkt wird möglicherweise bis 2030 erreicht. Und zwar die Steigerung des Anteils der neuen erneuerbaren Energieformen im Strommix auf 30%. Was gar nicht erreicht ist und auch bis 2030 vermutlich nicht erreicht wird, sind Wärmekraftkopplungsanlagen. Bei diesem Punkt stehen wir im Rückstand. Nun zu den Fragen, welche in der FGPK sehr gut beantwortet wurden. Wir haben uns bezüglich den vielen bereits erreichten Zielen gefragt, ob diese Ziele eventuell zu wenig ambitioniert sind. Gerade beim durchschnittlichen Stromverbrauch: Wenn wir dieses Ziel bereits erreicht haben, warum nicht noch ehrgeiziger an die Sache rangehen? Auch bei den PV-Anlagen haben wir das Ziel bereits erreicht. Warum nicht mehr Effort geben? Die Antwort war in dem Sinne, dass man bei der IB Wohlen AG lieber Ziele hat, die man erreichen kann, anstatt Ziele, an denen man scheitern könnte. Grundsätzlich kann man hinzufügen, dass man bei neueren Geräten ein geringerer Stromverbrauch hat. Jedoch kann die sinnvolle Nutzung dieser Geräte nur bedingt von den Konsumenten eingefordert werden.

Wir hatten zusätzlich Fragen zu den Energieträgern. Uns hat sehr stark interessiert, woher der gebrauchte Import herkommt. Wie kann dort die Einhaltung von Produktionsweisen überprüft werden. Dies stellt eine sehr grosse Frage der Pellets dar. Es ist ein schwer kontrollierbarer Markt. Beim Stromzukauf und bei Erdgas stellt sich zudem die Frage nach der Herkunft sowie die Frage, wie die unternehmerische Kontrollfunktion wahrgenommen wird. Wohlen hat einen sehr grossen Anteil an Gasheizungen. Wir verfügen über eine sehr gute Gas-Infrastruktur, die man nicht so schnell aufgeben möchte. Stattdessen soll sie künftig auch für neue Technologien wie beispielsweise Wasserstoff genutzt werden. Eine weitere Frage bezieht sich auf die Umstellung auf Biogas. Theoretisch wäre dies möglich, allerdings nur mit Import, da das Biogas nicht vollumfänglich in Wohlen produziert werden kann. Weiterführend stellte sich die Frage, weshalb Wärmepumpen und Elektromobilität beim Stromverbrauch ausgeschlossen wurden.

Dort lautet die Antwort: Es handelt sich um einen laufenden Prozess und diese zwei Technologien ersetzen bisherige Co<sup>2</sup>-intensive Technologien. Darum hat man die Wärmepumpen und E-Mobilität ausgeschlossen. Zudem stellt sich die Frage, ob eine Co<sup>2</sup> Reduktion auf null bis ins Jahr 2050 möglich sei. Die Antwort darauf fällt eher negativ aus. Wärmeverbunde sind grundsätzlich sehr teuer und erst ab einer Dauer von 10 bis 15 Jahren rentabel. Hinzu kommt, dass wir keine Industrien haben, die grosse Mengen an Wärme erzeugen. Wir haben keine Kehrlichtverbrennungsanlage – vielleicht auch zum Glück – und die Ferro produziert seit einigen Jahren auch kein Stahl mehr. Entsprechend haben wir keine grossen Firmen, die diese Fernwärme in grossen Massen herstellen würden. Auch die Dividenden wurden thematisiert. Diese werden in diesem Jahr höher sein als im Finanzplan ausgewiesen. Dazu werde ich später seitens der Grünen noch Stellung nehmen.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf die Werbung und die Anlässe, insbesondere die Jazz-Night. Können die Dividenden gesteigert werden, wenn es weniger Anlässe und weniger Werbung gäbe? Der Punkt ist: Die Werbung wird vor allem wegen dem Shop gemacht. Dort gibt es eine grosse Konkurrenz, auch wenn der Strom momentan bei der IB Wohlen AG gekauft werden muss. In naher Zukunft steht zudem eine Liberalisierung des Strommarktes an. Daher muss der Kundenkontakt bereits heute gut aufgebaut werden und nicht erst wenn die Liberalisierung stattfindet.

Die Jazz-Night wird zu 95% von Investoren und Sponsoren getragen. Gemäss Aussage der IB Wohlen AG wird die Jazz-Night zwar zu 95% von Sponsoren finanziert. Die grosse Manpower, welche die IB Wohlen AG zur Verfügung stellt, wird jedoch nicht abgerechnet. Dieser Aufwand betrifft sehr viele Arbeitsstunden. Werden diese auch verrechnet, wäre das ganze schon teurer. Insgesamt macht die IB Wohlen AG einen guten Job, könnte aber auch ambitionierter sein. Die FGPK nimmt den Bericht und Antrag 15145 der Eigentümerstrategie IB Wohlen AG zur Kenntnis.

Schmid Patrick, Grüne: Wir Grünen finden es sehr gut, dass der Energiekataster abgeschlossen ist. Dies ermöglicht eine gute Planung der Stromversorgung. Das Energieleitbild von der Gemeinde Wohlen – nun kommen wir zum politischen Teil – ist über zehn Jahre alt und muss dringend überarbeitet werden. Diesbezüglich liegt ein Vorstoss vor. Die ökologischen Zielsetzungen könnten von unserer Seite aus ebenfalls ambitionierter sein. Eine Anmerkung zu den Dividenden: Die Dividende wird in diesem Jahr höher ausfallen, da Investitionen zurückgestellt wurden. Dies ist eine Folge von Entscheiden, die im Einwohnerrat getroffen wurden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Mit der Eigentümerstrategie 2025-2028 legt die Gemeinde Wohlen als Alleinaktionärin der IB Wohlen AG die strategischen Leitlinien für die nächsten vier Jahre fest. Es handelt sich hierbei um das zentrale Führungsinstrument, welches sicherstellt, dass die Erwartungen und Zielsetzungen der öffentlichen Hand, vom Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der IB Wohlen AG mitgetragen und im Unternehmensalltag umgesetzt werden. Die IB Wohlen AG leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit in unserer Gemeinde mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Dabei handelt es sich nicht nur um technische Dienstleistungen, sondern auch um die Grundvoraussetzungen für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und Standortattraktivität. Umso wichtiger ist es, dass die strategischen Vorgaben auch den aktuellen Herausforderungen Rechnung tragen. Die aktuellen Herausforderungen betreffen den Klimawandel, die Digitalisierung, die Transformation der Energiemärkte und die zunehmende Bedeutung von erneuerbaren Energien. Die Eigentümerstrategie greift diese Entwicklungen auf und wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der IB Wohlen AG erarbeitet. Sie wurde an einem gemeinsamen Workshop beraten und bildet einen ausgewogenen Rahmen zwischen unternehmerischer Freiheit und politischer Verantwortung. Inhaltlich setzt die Strategie auf Kontinuität, kombiniert mit gezielten Weiterentwicklungen. Besonders hervorzuheben sind:

- die klare Zielsetzung zur weiteren Förderung von erneuerbaren Energien,
- die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mit einem konkreten Absenkpfad bei Treibhausgasen,
- der Ausbau der Photovoltaik mit dem Ziel von 5.5 m<sup>2</sup> Modulfläche pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030,
- sowie die Stärkung der IB Wohlen AG als solide finanzierte, eigenständige Versorgerin mit attraktiven Arbeitsplätzen.

Auch die finanziellen Zielsetzungen bleiben in der aktuellen Strategie klar geregelt: Die Dividendenformel, die sich in den letzten Jahren bewährt hat, wird beibehalten. Sie erlaubt eine faire Ausschüttung an die Gemeinde als Eigentümerin, im Einklang mit einer nachhaltigen Eigenkapitalentwicklung. Damit kann die IB Wohlen AG sowohl ihre Infrastruktur auf hohem Niveau erhalten wie auch zukünftige Investitionen eigenständig bewältigen.

An dieser Stelle möchte ich dem Verwaltungsrat unter der Leitung von Hans-Ulrich Pfyffer und der Geschäftsleitung unter der Leitung von Peter Lehmann ganz herzlich für ihr Engagement danken. Nur gemeinsam kann es gelingen, ein Unternehmen wie die IB Wohlen AG langfristig erfolgreich auszurichten – wirtschaftlich tragfähig, ökologisch verantwortungsvoll und gesellschaftlich gut verankert. Ich danke für die positive Kenntnisnahme der Eigentümerstrategie 2025-2028 der IB Wohlen AG.

## **Fraktionsmeinungen**

Parvex Olivier, GLP/EVP: Die Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG ist ein wichtiges Instrument, um die Leitplanke für die Geschäftstätigkeit der IB Wohlen AG zu setzen. An dieser Leitplanke sollen sich die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat orientieren. Die Fraktion GLP/EVP erachtet es als richtig, die Versorgungssicherheit von den Privathaushalten und des Gewerbes von Wohlen mit Strom, Wasser, Wärme und Gas als Hauptziel der Eigentümerstrategie festzulegen. Unsere Fraktion würde es begrüßen, wenn der Gemeinderat von der IB Wohlen AG verlangt, die Energiewende aktiv sowie als Pionier anzugehen und weiterhin eine Vorreiterrolle bei der erneuerbaren Energie einzunehmen. In diesem Sinne ist das neue Ziel, welches die Senkung von Umweltbelastungen und Treibhausgasemissionen pro kWh Heizwärme um jährlich 2% betrifft, richtig. Auch der Ausbau und die Zielerhöhung von Solarenergien begrüßen wir sehr. Einzig bei dem Ziel 6.1 c), betreffend Reduktion des jährlichen Stromverbrauches pro Einwohnerin und Einwohner um 10% bis 2030, scheint uns der Ehrgeiz des Gemeinderates verloren gegangen zu sein. Da die IB Wohlen AG dieses Ziel bereits im letzten Jahr erreicht hat, ist unsere Fraktion der Meinung, dass die Zielvorgabe auf 15 % angehoben werden soll. Aus unserer Sicht – zugegebener Weise sind wir keine Experten – wäre dieses Ziel durchaus realistisch. Wichtig für unsere Gemeinde als Inhaberin der IB Wohlen AG sind auch die wirtschaftlichen Ziele und die damit verbundene jährliche Dividendenausschüttung. Das aktuelle Modell hat sich über die letzten Jahre etabliert und es gibt momentan keinen Grund, die Berechnung der Dividendenausschüttung an die Gemeinde anzupassen.

Dass die Eigentümerstrategie nur noch alle vier Jahre überarbeitet wird, befürworten wir. Jedoch ist der Zeitpunkt der Überarbeitung – am Ende einer Legislaturperiode – aus unserer Sicht nicht ideal gewählt. Aktuell treten drei Gemeinderäte nicht mehr an, prägen dennoch die Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG für die nächsten vier Jahre. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoller, die Eigentümerstrategie in der Mitte der Legislatur für vier Jahre zu überarbeiten. Zum Schluss dankt unsere Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der IB Wohlen AG, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für ihre gute Arbeit. Die IB Wohlen AG ist dank ihrem Einsatz ein innovativer Energieversorger und soll die Pionierrolle auch weiterhin einnehmen. Die Fraktion GLP/EVP nimmt die Eigentümerstrategie von der IB Wohlen AG wohlwollend und dankend zur Kenntnis.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Es freut die Mitte, dass die IB Wohlen AG einen guten Job macht. Hierfür möchten wir uns bedanken. Es macht uns ebenfalls glücklich, dass dafür viel Geld eingenommen wird. Es freut uns zudem, dass 7 von 9 Punkte erreicht wurden. Ob noch mehr oder weniger gemacht werden kann, ist für uns unklar. Wichtig ist jedoch, dass die IB Wohlen AG die Zielerreichung der zehn Wärmekraftkopplungsanlagen weiterhin aktiv verfolgt. Für uns ist wichtig, dass der zweijährige Rhythmus der Eigentümerstrategie beibehalten wird. Auch der frühzeitige und rechtzeitige Informationsfluss erachten wir beidseitig für sehr sinnvoll. Die Mitte nimmt die Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG wohlwollend zur Kenntnis und bedankt sich.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon nimmt die Eigentümerstrategie zustimmend zur Kenntnis. Wir danken allen Mitarbeitenden sowie der Geschäftsleitung der IB Wohlen AG herzlich für die bisher erbrachten und zukünftigen Leistungen. Sind wir ehrlich, für uns ist es selbstverständlich, dass jeden Tag frisches Wasser aus dem Wasserhahn kommt, dass der Boiler läuft und der Strom funktioniert. Die Versorgungssicherheit ist einer der wichtigsten Gründe für einen funktionierenden Staat. Dafür sorgt unsere IB Wohlen AG tagtäglich mit grossem Einsatz und dafür danken wir. Die Frage

an den Gemeinderat lautet nun: Wieso genau hat der Gemeinderat das Gefühl, er müsse einer unternehmerisch geführten AG Vorschriften machen, wie sie ihr Unternehmen führen sollen? Wieso sollen sie den ökologischen Grundpfeiler in ihrer Eigentümerstrategie ersetzen? Ich glaube, dass eine Unternehmensführung im Tätigkeitsgebiet der IB Wohlen AG clever genug ist, um auch künftig erfolgreich im Markt bestehen zu können. Es scheint mir, dass der Gemeinderat an dieser Stelle politische Positionen einbringen möchte, die meines Erachtens nicht Teil einer Eigentümerstrategie sein sollten. Zudem ist die IB Wohlen AG – Stand heute – mindestens CHF 30 Mio., vermutlich sogar CHF 50 Mio. wert. Möglicherweise sogar noch mehr. Die jährliche Dividende liegt derzeit bei rund CHF 1 Mio. Dies entspricht einer Rendite von lediglich 2.5% bis 3%. Aus unserer Sicht stellt dies einen deutlich zu tiefen Wert dar. Ich bin überzeugt, dass die kompetente Geschäftsleitung der IB Wohlen AG durchaus in der Lage ist, eine doppelt so hohe Dividende zu erwirtschaften. In diesem Sinne wünscht sich unsere Fraktion, dass die IB Wohlen AG einen höheren Beitrag zum Budget der Einwohnergemeinde leistet, indem sie eine vernünftiger Dividendenausschüttung erzielt.

Hauri Claudia, SVP: Das Standbein der Eigentümerstrategie der IB Wohlen AG für das Jahr 2025-2028 sind Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Auf der Basis dieses Standbeines wurden die Ziele definiert. Aus aktueller Sicht und gemäss dem Bericht zum Stand der Zielerreichung, wird die IB Wohlen AG ihre Ziele mehrheitlich bis 2030 erfüllen. Innerhalb unserer Partei ist daher die Frage entstanden, ob diese Ziele nicht ambitionierter gesetzt werden können. Sehr erfreulich ist für uns die jährlich ausgeschüttete Dividende von etwa CHF 1 Mio. Dies entspricht 10% auf das Beteiligungskapital unserer Gemeinde von CHF 8 Mio. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat die Eigentümerstrategie von der IB Wohlen AG dankend zur Kenntnis genommen. Im Interesse der Einwohnergemeinde Wohlen wünschen wir uns, dass die IB Wohlen AG weiterhin erfolgreich Geschäfte führt und ihre Kosten und Abläufe weiterhin optimiert.

Allenspach Simone, SP: Die SP Wohlen dankt der IB Wohlen AG und allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und den sorgfältig erstellten Bericht. Wir fordern jedoch den Gemeinderat als Eigentümer auf, die Ziele – vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien – viel ambitionierter zu setzen.

## Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Die IB Wohlen AG versorgt unsere Gemeinde zuverlässig mit Wasser. Dies ist eine zentrale und wichtige Aufgabe. In der neuen überarbeiteten Eigentümerstrategie ist Wasser zwar erwähnt, aber nicht ausreichend als eigenes strategisches Thema behandelt. Meistens wird das Thema Wasser und Energie zusammen erwähnt. Dabei wird Wasser durch den Klimawandel, längere Trockenperioden oder neue Schadstoffe zu einer wachsenden Herausforderung. Auch internationale Organisationen wie die OECD sowie auch der Bund fordern deshalb, dass Wasser nicht nur technisch, sondern auch strategisch verantwortungsvoll gesteuert wird. Das nennt man Wasser-Governance – also eine vorausschauende, faire und nachhaltige Planung im Umgang mit Wasser. In einfacheren Worten kann man es auch als «Wassersteuerung» bezeichnen. Dies umfasst die Strukturen, Prozesse und Regeln zur Steuerung und nachhaltigen Verwaltung der Wasserressourcen. Ich beantrage deshalb, dass bei der nächsten Überarbeitung der Eigentümerstrategie die Wasser-Governance als klares Ziel ergänzt. Dies soll unter Abschnitt 6.1 der unternehmerischen Ziele eingefügt werden. Ich zitiere nun den Text für das Protokoll, da der Gemeinderat das Protokoll meistens bei der nächsten Überarbeitung nochmals anschaut:

*«Die IB Wohlen AG sichert die Wasserversorgung zuverlässig und wirtschaftlich. Dabei setzt sie auf eine vorausschauende und transparente Wasser-Governance, die ökologische Risiken, gesellschaftliche Erwartungen sowie Herausforderungen wie Klimawandel und Schadstoffe berücksichtigt».*

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich möchte kurz auf das Votum von Dieter Stäger eingehen, welches ich überhaupt nicht verstehe. Als Gemeinde-Finanzfachmann würde ich mir nicht zumuten, den Wert der IB Wohlen AG festzuhalten. Die Gemeinde Wohlen hatte einst ein investiertes Eigenkapital von CHF 8 Mio. Meiner Meinung nach ist dieses Eigenkapital durch die erhaltenen Dividenden sehr gut verzinst. Zur Frage, warum der Gemeinderat in die Strategie der IB Wohlen AG Einfluss nehmen soll: Wir sind Eigentümer, ganz einfach.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich versuche auf die gestellten Fragen und Aussagen Stellung zu nehmen. Warum nimmt der Gemeinderat Einfluss auf die Eigentümerstrategie? Wie der Name schon sagt, handelt es sich dabei um eine Eigentümerstrategie. Da wir Eigentümer sind, äussern wir unsere Wünsche und geben vor, in welche Richtung sich die Firma entwickeln soll. Gleichzeitig gibt es eine Unternehmensstrategie, welche auf die Eigentümerstrategie abgestimmt ist. Die Bestimmungen dazu liegen jedoch in der Verantwortung des Verwaltungsrates.

Dass Energiethemen durchgängig politisch sind und zunehmend auch politischer werden, scheint auf der Hand zu liegen. Dies insbesondere aufgrund der zunehmenden Knappheit der Ressourcen sowie der Erhitzung des Klimas auf unserem Planeten. Die Thematik rund um Energie ist vermutlich eines der meist politisch beachteten Themen in den letzten Jahren. Dies nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf kantonaler Ebene. Schlussendlich stützen wir uns vor allem auf die bestehenden gesetzlichen Vorgaben, insbesondere auf die Strommarkt und Energiegesetzgebung des Bundes sowie auch die Energiestrategie 2050. Alle von uns festgelegten Vorgaben und Stossrichtungen sind – wie es der Votant vermuten lässt – nicht ideologisch geprägt, sondern der gesetzlichen Grundlagen und Stossrichtungen auf Bundes- und Kantonsebene geschuldet. Wir sind nicht der Meinung, einen besonders schnellen Weg zu haben, sondern verfolgen eher einen realistischen Ansatz.

Zur jährlich wiederkehrenden Thematik bezüglich der Dividenden: Nach Ansicht des Gemeinderates macht es keinen Sinn, das Eigenkapital der IB Wohlen AG – als kapitalintensives Unternehmen mit grossen Infrastrukturbauten – zu schwächen. Schlussendlich muss die IB Wohlen AG investieren können und alles, was wir zusätzlich an Dividenden aus dieser Firma entnehmen, steht ihr weniger zur Verfügung. Daraufhin müsste die IB Wohlen AG Eigenkapital auf dem Geldmarkt aufnehmen. Wenn man den Businessplan und die Abschlüsse kennt, ist klar, dass aus dem Eigenkapital nicht einfach 3 Millionen entnommen werden können, ohne dass die IB Wohlen AG das Geld bei einer Bank refinanzieren müsste. Das macht schlichtweg keinen Sinn, unser eigenes Unternehmen zu schwächen, welches derart viel Kapital braucht.

Bezüglich der Ausführungen zum Thema Wasser: Als eigenständiges strategisches Feld, können wir dies bei der nächsten Überarbeitung sicherlich diskutieren. Ich möchte einfach an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Gemeinde Wohlen mit der IB Wohlen AG und dem Projekt Wasser 2035 genau diese Themen bewirtschaftet. Dort geht es um nachhaltige Versorgung, langfristige Planung sowie Zusammenschlüsse und effiziente Nutzung. Dazu kann erwähnt werden, dass dies ein Pionierprojekt des Kantons Aargau ist. Der Kanton Aargau hat diesbezüglich ein Programm lanciert, in welchem es genau um die Trinkwassersicherheit geht. Dort werden verschiedene Gebiete überprüft, wobei wir in der glücklichen Lage sind, dass wir im Gegensatz zu anderen Gebieten bereits sehr weit fortgeschritten mit einem konkreten Projekt sind. Der Hinweis diesbezüglich werden wir in der nächsten Behandlung der Eigentümerstrategie wieder diskutieren.

*Kenntnisnahme Eigentümerstrategie IB Wohlen AG 2025-2028.*

**Bericht und Antrag 15146 Erhöhung Stellenplan für das Jahr 2025 im Bereich Finanzen & Ressourcen – Regionales Betreibungsamt**

---

Hauri Claudia, FGPK: Wir haben in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission die Gründe für die Erhöhung des Stellenplans um 150 Stellenprozent hinterfragt. Warum braucht das regionale Betreibungsamt neu 1030 anstatt den aktuellen 870 Stellenprozent? Betreibungsämter führen eigenständig Pfändungen, Verwertungen, Retentionen und weiteres durch. Sie sind fachlich dem Beitreibungsgericht unterstellt und werden von der Schuldbetreibungs- und Konkurskommission des Obergerichtes unter der Beihilfe des Betreibungsinspektorat beaufsichtigt und kontrolliert. Sie sind also fachlich nicht dem Gemeinderat unterstellt. Unser Betreibungsamt Wohlen ist auch für Betreibungen der Einwohnergemeinden Häggingen, Niederwil, Dottikon, Sarmenstorf und Uezwil zuständig. In den letzten Jahren haben die Anzahl der Betreibungen und Pfändungen zugenommen. So sind im Jahr 2024 rund 11'082 Betreibungen und 6'619 Pfändungen durchgeführt worden. Das sind ungefähr 10% mehr als im Vorjahr. Die Gründe der Zunahme von Betreibungen und Pfändungen sind gemäss dem regionalen Betreibungsamt Wohlen auf die Bevölkerungszunahme und die wirtschaftlich schlechte Situation der Wohnbevölkerung in den Einzugsgebieten zurückzuführen.

Parallel zu den Mengenzunahmen sind die einzelnen Betreibungsfälle ebenfalls immer komplexer und aufwändiger geworden. Den Vorladungen wird zunehmend seltener Folge geleistet und viele Personen wechseln ihren Wohnsitz, ohne ihrer Meldepflicht vorgängig nachzukommen. Das Betreibungsamt des Kantons Aargau erachtet pro 1'000 Betreibungen ein 100% Pensum als ideal. Im Jahr 2024 wären das 1'111 Stellenprozent anstelle der effektiven 870 gewesen. Das Abarbeiten der Fälle war nur möglich – ich zitiere den Inspektionsbericht des Betreibungsinspektorates:

*«Durch eine effiziente Arbeitsweise, einer hohen Leistungsbereitschaft und letztendlich 920 Überstunden, was ungefähr einem 50% Pensum entspricht».*

Im Bericht und Antrag sind nicht die theoretischen 1'111 Stellenprozent gefordert, sondern 1'030 Stellenprozent. Im Bericht und Antrag bleibt weiterhin offen, wo die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen und arbeiten sollen. Der aktuelle Raum des Betreibungsamtes im Gemeindehaus ist zu klein. Es hat zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig Privatsphäre, um heikle Themen einer Betreibung zu besprechen. Der FGPK wurde versichert, dass dem Einwohnerrat in den nächsten Monaten eine externe Lösung unterbreitet wird. Diese Mietlösung würde vor dem Start der zusätzlichen Personen im Betreibungsamt zum Tragen kommen. Dies wäre realistisch ab Dezember dieses Jahres der Fall. Übergangsmässig kann auch ein freies Büro der Sozialen Dienste genutzt werden.

Was sind die Kosten? Im Jahr 2024 hat unser Betreibungsamt eine hohe Nettoendite von CHF 345'000 realisiert. Die Gebühren für die Betreibungen und Beiträge an die Nachbargemeinden sind höher als die Kosten. Der FGPK wurde versichert, dass auch nach der Einstellung der neu beantragten 150 Stellenprozent und nach der Berücksichtigung der Mietaufwendungen eine weiterhin positive Nettoendite zu erwarten ist. Nach Berücksichtigung all dieser Punkte, hat die FGPK diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Im Finanzplan ist diese Stelle erst im Jahr 2030 mit 50% vorgesehen. Wieso ist dieser Antrag jetzt schon nötig? Das regionale Betreibungsamt Wohlen ist zuständig für sechs Gemeinden. Sie bearbeiten jährlich über 11'000 Betreibungen und rund 6'600 Pfändungen, wobei die Tendenz leider steigend ist. Allein durch den Bevölkerungswachstum der Region erwartet man Zunahmen der Fälle sowie auch komplexere Fälle. Zudem ist am 1. Januar 2025 eine Gesetzesänderung in Bezug auf das Konkursverfahren bei Handelsregisterpersonen in Kraft getreten, welche für das Betreibungsamt einen erheblichen Mehraufwand generiert. Die empfohlene Entlastungsgrenze laut des kantonalen Betreibungsinspektorates liegt bei 1'000 Fälle pro 100 Stellenpensum. Bei dem regionalen Betreibungsamt Wohlen liegt die aktuelle Auslastung bei über 1'200 Fälle pro 100 Stellenpensum. Dies liegt deutlich über den Empfehlungen.

In dem letzten Inspektionsbericht wurde festgehalten, ich zitiere:

*«Der Leistungsdruck ist überdurchschnittlich. Dies birgt eine hohe Erschöpfungsgefahr und gesundheitliche Risiken».*

Allein im Jahr 2024 hat das Team des Betreibungsamtes rund 930 Überstunden geleistet. Dies entspricht 22 Arbeitswochen, auf eine Vollzeitstelle gerechnet. Zwei erfahrene Personen mit Fachausweis haben das Betreibungsamt kürzlich verlassen. Eine gleichwertige Nachbesetzung konnte leider nicht erfolgen, da der Arbeitsmarkt aktuell kaum qualifiziertes Personal bietet. Ohne diese Aufstockung ist mittelfristig die Einhaltung der gesetzlichen Pflicht gefährdet. Zudem besteht auch die Gefahr vor weiteren Kündigungen und Krankheitsausfällen. Es tut mir leid dies sagen zu müssen: Wenn es so weitergeht, bricht uns diese Abteilung komplett zusammen. Die zusätzlichen 150 Stellenprozente werden vollständig über die Gebühreneinnahmen gedeckt.

Wie sieht es mit dem räumlichen Bedarf aus? Wie im Bericht erwähnt, stehen die benötigten Arbeitsplätze nur eingeschränkt zur Verfügung. Zudem rücken mit zunehmender Dauer auch die Themen Sicherheit und Diskretion in den Vordergrund. Beides kann unter den aktuellen Bedingungen nicht mehr ausreichend gewährleistet werden. Wir sind uns der Problematik bewusst und arbeiten an geeigneten Lösungen.

Fazit ist, wir stehen heute nicht vor einem Wunsch, sondern vor einer Notwendigkeit. Damit künftig weiterhin eine gesetzeskonforme, serviceorientierte und gesundheitlich vertretbare Arbeit im Betreibungsamt gewährleistet werden kann, müssen wir nun handeln. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag und der Erhöhung um 150 Stellenprozent zuzustimmen. Zum Schutz der Mitarbeitenden, zur Sicherstellung der Aufgaben und ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Gemeinde Wohlen.

### **Fraktionsmeinungen**

Kündig Adrian, SVP: Wohlen wächst und mit diesem Wachstum kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Unsere Gemeinde zählt inzwischen über 18'000 Einwohner und nebst Wohlen, führen wir auch die Betreibungsämter von mehreren Nachbargemeinden. Mit den steigenden Bevölkerungszahlen, den wirtschaftlichen Entwicklungen und den finanziell schwächeren Personen nehmen auch die Betreibungen deutlich zu. Um weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit gewährleisten zu können, halten wir die Bewilligung der geforderten Stellenprozente als notwendig. Nur so können die steigenden Anforderungen effizient und professionell bewältigt werden. Die Lohnkosten von maximal CHF 180'000 werden vollständig über die Gebühreneinnahmen finanziert. Für mehr Arbeitsplätze ist eine langfristige Lösung nötig. Im Gemeindehaus gibt es leider keine freien Kapazitäten, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Es ist daher unumgänglich, einen neuen Standort für weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Angeblich sollen bereits mögliche Standorte bekannt sein. Vielleicht kann uns der Gemeinderat darüber informieren, welche Optionen konkret zur Verfügung stehen. Es wäre zudem interessant zu erfahren, welche Nationen in der Statistik von den Betreibungen an der Spitze stehen. Leider verhindern die Datenschutzbestimmungen eine Veröffentlichung dieser Daten. Ebenso wäre es von grossem Interesse zu wissen, wie viele Betreibungen auf nicht bezahlte Steuern zurückzuführen sind. Die SVP Wohlen-Anglikon bewilligt einstimmig die Erhöhung um 150 Stellenprozent.

Knoblauch Aline, Die Mitte: Die Arbeitsbelastung des Betreibungsamtes hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Die Gründe dafür sind auf das stetige Bevölkerungswachstum, den Zusammenschluss mit den umliegenden Gemeinden sowie die zunehmende Komplexität der verschiedenen Fälle zurückzuführen. Aufgrund von meiner beruflichen Tätigkeit habe ich gelegentlich Kontakt mit dem Betreibungsamt und ich habe festgestellt, dass die Arbeitsbelastung enorm gestiegen ist. Die Stellenerhöhung ist daher notwendig, um den gestiegenen Arbeitsaufwand bewältigen und die Überstunden hoffentlich baldmöglichst reduzieren zu können. Viel wichtiger ist jedoch, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einer Überlastung zu schützen. Genau aus diesen Gründen wird die Fraktion die Mitte der beantragten Stellen-erhöhung des regionalen Betreibungsamtes einstimmig zustimmen.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Wie dem Bericht und Antrag zu entnehmen ist, nehmen die Betreibungen, Rückweisungen und Pfändungen in den letzten Jahren stetig zu. Auch künftig ist mit weiteren Zunahmen zu rechnen. Mit den verarbeiteten Betreibungen und den vorhanden 870 Stellenprozente ist das Betreibungsamt Wohlen unterdotiert und hat in den letzten Jahren überdurchschnittliches geleistet. Die Fallbearbeitung von rund 1'261 Betreibungen pro 100 Stellenprozente war nur dank der hohen Leistungsbereitschaft und der effizienten Arbeitsweise des gesamten Teams möglich. Der Leistungsdruck auf die einzelnen Mitarbeitenden ist überdurchschnittlich hoch. Bevor die Mitarbeitenden unter einem Burnout leiden oder uns davonlaufen, muss unbedingt gehandelt werden. Die effektiven Kosten des Betreibungsamtes Wohlen werden nach dem Verursacherprinzip auf die angeschlossenen Vertragsgemeinden verteilt. Das Betreibungsamt erwirtschaftet für die Gemeinde Wohlen einen Gewinn. Auch mit den zusätzlichen Stellenprozente wird sich daran nichts ändern.

Daher steht für unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon die Erhöhung um 150 Stellenprozente nicht zur Diskussion. Was uns Sorgen bereitet, sind die prekären Platzverhältnisse im Gemeindehaus. Der Gemeinderat hatte dies bereits vorausgesehen und legte uns am 26. April 2021 mit dem Bericht und Antrag 14116 die geplanten Umbaumaassnahmen im Gemeindehaus sowie die damit verbundene Auslagerung des Betreibungsamtes vor. Nach langen Diskussionen, Rückweisungen und den Kosten wurde der Bericht und Antrag letztendlich vom Einwohnerrat angenommen. Leider konnten zwei Parteien dies nicht akzeptieren und haben dagegen erfolgreich das Referendum ergriffen. Dass dies eine sehr kurzfristige Denkweise war, ist heute allen bewusst. Der Bankweg 2 eignet sich nicht zur Auslagerung und das Gemeindehaus wird frühestens – von heute angerechnet – in zehn bis fünfzehn Jahren erweitert. Es fehlt uns schlichtweg das Geld. Das Betreibungsamt verfügt weiterhin über unzureichenden Platz und die einzige Lösung ist eine Auslagerung. Wir hoffen, dass sich der Gemeinderat diesem Projekt nochmals annimmt. Interessante Objekte wären zurzeit auf dem Markt. Wenn die Gemeinde Wohlen weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein will, muss man auch attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. In diesem Sinn stimmt die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon dem Bericht und Antrag 15146 einstimmig zu.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Die stark gestiegenen Betreibungsfälle fordern eine Erhöhung im Stellenplan des regionalen Betreibungsamtes. Um die Sicherheit des Personals, sowie die Effizienz und Servicequalität für die Nutzerinnen und Nutzer zu gewährleisten, muss die Anschaffung von neuen Räumlichkeiten und Arbeitsplätzen angegangen werden. Langfristig ist ein solcher Zustand nicht haltbar. Die zusätzlichen Kosten werden durch die steigenden Gebühreneinnahmen gedeckt, was die finanzielle Stabilität unserer Gemeinde stärkt. Die anteilige Kostenübernahme der Vertragsgemeinden stellt eine faire Lösung dar. Diese Investitionen bekräftigen unser Engagement für eine kräftige und zukunftsorientierte Gemeinde, welche auch bei steigenden Fallzahlen handlungsfähig bleibt. Die vor vier Jahren präsentierte Lösung, das Betreibungsamt ins Migros-Gebäude zu verlegen, wäre rückblickend doch die optimale Lösung gewesen. Leider wurde dieses Projekt mit einem Referendum bekämpft und wer hätte es gedacht: jetzt wird alles teurer. Wir von den Grünen stimmen der Erhöhung des Stellenplanes zu und unterstützen den Bericht und Antrag.

Schneider Matthias, SP: Es wurde bereits viel zur Thematik gesagt. Deshalb werde ich mein Votum auch etwas verkürzen. Die Gemeinde Wohlen muss den gesetzlichen Auftrag im Betreibungskreis umsetzen können. Die Gründe für die Erhöhung des Stellenplanes wurden im Antrag vom Gemeinderat schlüssig aufgezeigt. Die Fallzahlen steigen jährlich an, und bereits jetzt leistet das Betreibungsamt mehr, als auf Dauer gesund ist. Aus diesen Gründen wird unsere Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmen.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Die Fraktionsmeinung der GLP/EVP unterscheidet sich nicht wesentlich von jener der bisherigen Fraktionen. Auch wir stimmen dem Bericht und Antrag zur Stellenplanerhöhung um 150 Stellenprozent für das Betreibungsamt einstimmig zu. Die überdurchschnittliche Fallbelastung ist uns bekannt und wir erachten die Aufstockung als ausschlaggebend, zumal sich die Stellen des Betreibungsamtes selbst refinanzieren. Uns ist es jedoch ein grosses Anliegen, erneut auf die unzureichenden Platzverhältnisse hinzuweisen. Diese müssen langfristig zum Schutz der Privatsphäre der Klientinnen und Klienten des Betreibungsamtes verbessert werden. Es darf nicht sein, dass Dritte Einblick in persönliche Angelegenheiten erhalten.

## Einzelvoten

Zingg Lionel, FDP: Mir ist es an dieser Stelle wichtig, eine Lanze für die Mitarbeitenden des Betriebsamtes zu brechen. Ich habe vor vier Monaten einen Betriebsauszug auf dem Betriebsamt abgeholt. Die engen Platzverhältnisse liessen dabei keinerlei Diskretion zu. Ich habe daraufhin mitbekommen, dass eine andere Person am Schalter aufgrund eines schwierigen Gesprächs aggressiv wurde. Die sprachliche Kommunikation wurde sehr schwierig. Wenn man auf dem Betriebsamt arbeitet, ist man der Blitzableiter der kommunalen Bevölkerung. Man ist selten Überbringerin oder Überbringer einer guten Nachricht. Die Kommunikation mit Personen in komplexen Fällen gestaltet sich oft sehr schwierig. Aus meiner Sicht ist es daher absolut notwendig, die 150 zusätzlichen Stellenprozente zu bewilligen. Es wäre für mich sogar gerechtfertigt, 200 Stellenprozent gutzuheissen, wenn man die aktuellen Fallzahlen in Betracht zieht. Wenn man auf dem Betriebsamt arbeitet, ist man eher im Hintergrund tätig und nicht jeden Tag in der Zeitung wie beispielsweise der Gemeinderat oder jemand aus dem Einwohnerrat. Trotzdem ist es mir als Einwohnerrat dieser Gemeinde wichtig zu betonen, wie sehr ich die anspruchsvolle tägliche Arbeit der Mitarbeitenden des Betriebsamts schätze. Ich bitte darum, dass man dies den entsprechenden Personen auch weiterleitet. Wenn man sich nicht darauf verlassen kann, dass einem das geschuldete Geld zurückbezahlt wird, stellt das ein grundlegendes Problem für unsere Gesellschaft dar. Daher spielt das Betriebsamt eine sehr relevante Rolle für unsere Gesellschaft.

Sieroka Pia, Grüne: Wir befinden uns nun in einer Situation, in der alle Fraktionen einem Punkt zustimmen. Das kommt nicht oft vor und ist wirklich erfreulich. Allerdings zeigen die vorliegenden Zahlen, dass die beantragten 150 Stellenprozente eigentlich zu knapp bemessen sind. Das Team muss Überstunden abbauen und ein weiterer Anstieg der Betreibungen ist zu erwarten. Ehrlich gesagt hätte man, wie bereits von Lionel Zingg erwähnt, 200 Stellenprozente beantragen müssen. Meiner Ansicht nach ist die übliche Arbeitsweise in diesem Rat oft sehr blockierend. Deshalb wurde der Antrag vermutlich eher defensiv gestellt. Vielleicht besteht hier noch die Möglichkeit, nachzulegen.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Es freut uns sehr, dass Sie alle den beantragten 150 Stellenprozenten zustimmen möchten. Ich denke, dies reicht vorerst für das Jahr 2025 aus. Zudem ist es nicht besonders einfach geeignete Personen zu finden, jedoch ist es ein schönes Zeichen für das Betriebsamt, dass man das Problem anerkennt. Für das Betriebsamt wird das eine deutlich spürbare Erleichterung sein. Ein weiterer Punkt zu den räumlichen Bedingungen: Dazu darf ich erwähnen, dass wir uns in der Ausarbeitung eines Objektes befinden. Da wir jedoch noch am Anfang der Verhandlungen stehen, bitten wir um Verständnis, dass wir derzeit keine genaueren Informationen dazu mitteilen können. Sobald wir weiter sind, werden wir einen Bericht und Antrag vorlegen.

## Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Bewilligung der Erhöhung des Stellenplanes der Einwohnergemeinde Wohlen beim Bereich Finanzen & Ressourcen um 150 Stellenprozente beim Betriebsamt für das Jahr 2025.*

wird einstimmig angenommen.

**Bericht und Antrag 15144 «Rigacker» – Verpflichtungskredit für die Erarbeitung des Rahmengestaltungsplans**

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Die SVP Wohlen Anglikon beantragt, dass der neue Entwicklungsrichtplan zurückgewiesen und vom Gemeinderat neu angepasst wird. Die im Entwicklungsrichtplan festgelegten Grundsätze, Zielbilder und Empfehlungen mit einem Rahmengestaltungsplan sind attraktiv für das lokale Gewerbe im Rigacker. Für die SVP Wohlen-Anglikon ist der Entwicklungsrichtplan in einer nicht eigentümerverschließlichen Form auszuarbeiten. Die Gemeinde Wohlen soll die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, um die im Bericht und Antrag 15144 erwähnten Ziele zu erreichen, ohne Verpflichtung, Zwang und finanzielle Auswirkungen. Dazu gehört die Optimierung der Flächennutzung, eine Verbesserung der Erschliessung, eine Steigerung der Aufenthaltsqualität und eine nachhaltige Entwicklung. Mehr Regulierungen in einer eigentümerverschließlichen Form sind nicht notwendig. Die wirtschaftlichen Aspekte geben dem lokalen Gewerbe im Rigacker genügend Anreiz, den Entwicklungsplan umzusetzen. Aus diesen Gründen beantragen wir, den Entwicklungsrichtplan Rigacker zurückzuweisen. Er ist dem Einwohnerrat in einer «für das lokale Gewerbe im Rigacker wegweisenden Form» neu zu unterbreiten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich muss gewisse Unklarheiten klären. Der Entwicklungsrichtplan Rigacker wurde in der Einwohnerratssitzung im Dezember letzten Jahres zustimmend zur Kenntnis genommen. Er wurde bereits verabschiedet und in einem breit angelegten, partizipativen Prozess mit insgesamt drei Workshops sowie mehreren Vernehmlassungen bei den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern im Gebiet Rigacker erarbeitet. Folgend wurde er vom Gemeinderat genehmigt und dem Einwohnerrat mit den darin formulierten Zielsetzungen im Dezember zur Stellungnahme unterbreitet. Ein Entwicklungsrichtplan ist – wie der Name bereits sagt – ein Richtplan und hat somit behördenverbindlichen, jedoch keinen eigentümerverschließlichen Charakter. Was wir heute beantragen, ist ein Rahmengestaltungsplan. Ein Rahmengestaltungsplan ist ein sogenannter Sondernutzungsplan, welcher gemäss Baugesetz zwangsläufig eigentümerverschließlichen Charakter hat. Eine Rückweisung dieses Antrages käme faktisch einer Ablehnung gleich. Der von ihnen geforderte Rückweisungsantrag kann somit gar nicht gemacht werden. Der Entwicklungsrichtplan ist in seiner Form verabschiedet und etwas anderes gibt es nicht. Um die von Renato-Raffaele Hübscher ausgeführten Zielsetzungen zu erreichen, braucht es nun den nächsten Schritt eines Rahmengestaltungsplans.

Der Entwicklungsrichtplan wurde breit erarbeitet. Der nächste logische Schritt ist nun der Rahmengestaltungsplan. Wenn dieser nicht erarbeitet wird, bleiben wir auf halbem Wege stehen. Auch das Potenzial für eine effizientere Flächennutzung, moderne Erschliessungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze können wir ohne den Rahmengestaltungsplan nicht ausschöpfen. Nur im Rahmen einer Sondernutzungsplanung haben wir die Möglichkeit, von den geltenden Bau- und Nutzungsordnungen abzuweichen – etwa was Gebäudehöhen, Abstände, Grünflächenziffern oder gemeinsame Parkieranlagen betrifft. Dafür muss dieser Sondernutzungsplanung sowie der Rahmengestaltungsplan so durchgeführt werden. Schlussendlich profitieren alle Unternehmen in diesem Perimeter von den positiven Ausgangslagen, da sie mehr Raum und mehr Flächen zur Verfügung haben. Ich kann Ihnen versichern, dass insbesondere die grösseren Unternehmen in diesem Gebiet – die zahlreichen Arbeitsplätze in wertschöpfungsstarken Branchen anbieten – ein grosses Interesse an der Ausweitung ihrer Produktionsflächen haben. Wir beantragen heute einen Kredit für den Planungsprozess. Wenn sie diesen zurückweisen oder ablehnen, können wir die Planung nicht gestalten. Finanziert wird das ganze aus dem Fond für Mehrwertabschöpfung und belastet unsere Gemeinderechnung nicht. Die Gemeinde muss ihre Aufgaben als Planungsbehörde aktiv wahrnehmen, um Industrie, Gewerbe und auch der Wohnnutzung möglichst gute Rahmenbedingungen zu bieten. Somit bleiben wir als Standort attraktiv. Ob sie letztendlich zustimmen oder ablehnen wollen, ist eine relativ einfache Frage: Entweder wollen sie die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Gemeinde planerisch ermöglichen und fördern oder Sie wollen es nicht. Entweder stehen sie hinter einer effizienteren Flächennutzung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder eben nicht. Schlussendlich ist dies die politische Frage, die sie für sich beantworten müssen. Die Rückweisung, so wie sie formuliert ist, würde faktisch einer Ablehnung gleichkommen und verhindert eine Weiterbearbeitung. Ich bitte Sie, diesem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben und später eine Diskussion über den Antrag selbst zu führen.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Unter dieser Prämisse ziehen wir diesen Rückweisungsantrag zurück.

Stäger Philipp, FGPK: Die FGPK hat dem Antrag mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung zugestimmt. Das Geschäft wurde uns vom Gemeindeammann persönlich vorgestellt. Das Endziel, die lokale Wirtschaft zu stärken und wertschöpfungsstarke Unternehmen in Wohlen zu halten oder neu anzusiedeln, war innerhalb der FGPK unbestritten. Mit dem Rahmengestaltungsplan soll die planerische Grundlage geschaffen werden, um dieses Ziel zu verfolgen und die Entwicklung im Gebiet Rigacker gezielt zu steuern.

Alles wiederholen möchte ich nicht mehr. Bereits 2020 wurde eine Potenzialanalyse im Rigacker durchgeführt. Der Entwicklungsrichtplan wurde daraufhin von der Verwaltung erarbeitet und durch ein Mitwirkungsverfahren breit abgestützt. Dieses behördenverbindliche Instrument wurde verabschiedet und vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Wie bereits erwähnt, umfasst der Entwicklungsrichtplan unter anderem die Themen Flächennutzung, Erschliessung und Erreichbarkeit sowie Aufenthaltsqualität. Diskussionen gab es insbesondere im Zusammenhang mit der Einbindung der Eigentümerinnen und Eigentümer und ihrer Rolle im Entscheidungsprozess. Wie bereits in der Erarbeitung des Entwicklungsleitbildes, ist dies ein zentrales Instrument. Der Gemeindeammann hat deutlich gemacht, dass die Mitwirkung der Betroffenen auch im weiteren Planungsprozess vorgesehen und gewährleistet ist. Die Eigentümer behalten das Recht, dass sie bei Bedarf auch den Rechtsweg beschreiten können. In Anbetracht dessen, ist die Mitwirkung gegeben. Für die Mehrheit der FGPK ist der aufgezeigte Prozess klar und verständlich gewesen. Einzelne Mitglieder waren besorgt, dass Eigentümer und Nutzer schlechter gestellt werden könnten. Der Gemeindeammann konnte jedoch aufzeigen, dass die neuen Instrumente den Eigentümern zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Ziel ist es, dass sowohl die Grundeigentümer und Nutzer als auch die Gemeinde gleichermaßen profitieren und die Standortattraktivität insgesamt gesteigert wird. Der Aspekt, dass die Mittel für den Verpflichtungskredit aus dem Fonds für Mehrwertabschöpfung stammt, befürwortet die FGPK. Es freut uns sehr, dass die Erfolgsrechnung der Gemeinde dadurch nicht belastet wird. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat grossmehrheitlich diesem Antrag zuzustimmen. Mit dem Rahmengestaltungsplan macht Wohlen einen wichtigen Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern und die Entwicklung im Rigacker im Sinne aller Beteiligten voranzubringen.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Vorab herzlichen Dank für den Rückzug dieses Rückweisungsantrages, sodass dieses Geschäft nun abschliessend diskutiert werden kann. Das Gebiet «Rigacker» ist wichtig für die lokale Wirtschaft mit rund 27 Hektaren Gewerbegebiet, über 50 Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie zahlreichen Arbeitsplätzen. Heute beantragt der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit von CHF 100'000 für die Erarbeitung eines Rahmengestaltungsplans. Damit schaffen wir die planerischen Voraussetzungen, um die im Entwicklungsrichtplan definierten Ziele auch tatsächlich erreichen zu können. Dies ist eine konkrete Wirtschaftsförderung. Wir verschaffen uns hiermit mehr Produktionsfläche in der Gemeinde. Es geht um die Möglichkeit, dass sich bestehende grosse Unternehmen weiterentwickeln können. Dasselbe gilt auch für kleinere Betriebe mit entsprechendem Bedarf. Gleichzeitig geht es um die gezielte Ansiedlung neuer, wertschöpfungsstarker Betriebe aus interessanten Branchen. Letztendlich geht es darum, dass wir als Zentrumsgemeinde und Kernstadt des Kantons Aargau unserer Verantwortung in der Arbeitsplatzentwicklung gerecht werden. Wie die kürzlich veröffentlichte Datenanalyse zeigt, hat der Kanton Aargau in den letzten Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum erlebt. Gleichzeitig wurden jedoch zu wenige neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch Wohlen war von dieser Herausforderung betroffen. Wenn wir jetzt nicht aktiv steuern, lassen wir wertvolles Potenzial ungenutzt. Das Rigacker Gebiet würde ein Flickwerk einzelner Interessen bleiben, anstatt zu einem koordinierten, entwickelten und zukunftsfähigen Gewerbeareal zu wachsen. Der beantragte Rahmengestaltungsplan ermöglicht, was bisher nicht möglich war: Eine verbindliche Grundlage für koordiniertes Bauen, zentrale Erschliessungen, geteilte Infrastrukturen, ökologische Aufwertungen und vor allem Entwicklungsperspektiven für alle Unternehmen im Gebiet. Ob Aufstockung, Arealverdichtung oder Neuansiedlung – erst mit dem Rahmengestaltungsplan wird klar, was wo möglich ist. Alle ansässigen Unternehmen profitieren davon. Die Erarbeitung des Entwicklungsrichtplans wurde breit abgestützt. Es fanden verschiedene Werkstätten, Gespräche, Befragungen sowie Mitwirkungsverfahren statt. Eigentümerinnen und Eigentümer konnten sich einzubringen. Der daraus entstandene breite Konsens ist von grossem Wert. Dieses Resultat sollte nun nicht ins Leere laufen. Auch im Prozess des Rahmengestaltungsplans, wie es der Sprecher der FGPK bereits ausgeführt hat, haben die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer die Möglichkeit, mitzuwirken und ihre Interessen einzubringen. Die Finanzierung erfolgt über den Fonds der Mehrwertabschöpfung. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Mittel, die genau für solche qualitätsvollen Innenentwicklungen vorgesehen sind, ohne die Erfolgsrechnung zu belasten. Ich bitte sie daher, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen. Wenn wir jetzt nicht

weitermachen, können wir die im Entwicklungsrichtplan erarbeiteten Entwicklungsoptionen und Potenziale nicht realisieren. Das wäre ein Rückschritt für die wirtschaftliche Entwicklung, die Standortqualität und die Arbeitsplatzsicherung in unserer Gemeinde. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

### **Fraktionsmeinungen**

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Nachdem wir im Einwohnerrat im Dezember den Entwicklungsrichtplan zustimmend zur Kenntnis genommen haben, stellt der vorliegende Bericht und Antrag zur Genehmigung des Verpflichtungskredits die logische Konsequenz dar. Wohlen soll für die Wirtschaft und für das Gewerbe attraktiv sein und bleiben. Dieser Rahmengestaltungsplan ermöglicht Abweichungen von bestehenden Nutzungsplänen. Er schafft Rechtssicherheit und Klarheit für die Grundeigentümer. Synergien können genutzt und durch eine koordinierte Planung verschiedene Optimierungen erzielt werden. Unsere Fraktion hat sich jedoch gefragt, ob wirklich alle Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie Gewerbetreibenden mit dieser Entwicklung einverstanden sind. Müssen Unternehmungen möglicherweise damit rechnen, widerwillig Land abzugeben oder unfreiwillige Zuschüsse zu leisten? Könnte es zudem zu Benachteiligungen unter den Grundeigentümern kommen? Dem vorliegenden Bericht und Antrag ist zu entnehmen, dass der Planungsprozess breit abgestützt war und auf Zustimmung gestossen ist. Der Rahmengestaltungsplan wird als nächster Schritt in einem öffentlich-rechtlichen Verfahren erstellt. Dieses Vorgehen ermöglicht eine breite Mitwirkung der betroffenen Akteure. Diese haben nun die Möglichkeit, mit einer Einsprache das Rechtsmittel zu ergreifen. Die Mitte-Fraktion ist nach all diesen Abwägungen grossmehrheitlich der Meinung, dass diesem Projekt nun keine Steine in den Weg gelegt werden sollten. Es wäre auch nicht zielführend, die Revision der Bau- und Nutzungsordnung abzuwarten. Die Firmen haben ihre Bedürfnisse angemeldet und möchten diese möglichst rasch umsetzen. Wir tun gut daran, diesen Sondernutzungsplan voranzutreiben. Es wäre schade, wenn wir noch weiteres Gewerbe und somit auch Arbeitsplätze und nicht zuletzt Steuereinnahmen verlieren.

Stojmenovski Sasha, SP: Die Zustimmung zu diesem Antrag würde einen Mehrwert für Wohlen darstellen, da sie neue Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende wie auch für ansiedlungsinteressierte Betriebe eröffnet. Mit der Zustimmung können neue Arbeitsplätze ermöglicht werden. Zusätzlich führt dies direkt oder indirekt auch zu neuen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in unserer Gemeinde. Die SP-Fraktion Wohlen stimmt dem Antrag daher einstimmig zu.

Angst Matthias, GLP/EVP: Die gesteckten Ziele des zu erarbeitenden Rahmengestaltungsplans sind richtig und wichtig. Dabei möchte ich die optimierte Flächennutzung als zentralen Gewinn nennen. Erfreulich ist zudem, dass mit der Wohler KIP Siedlungsplan AG ein kontinuierlicher und lokaler Support sichergestellt ist. Erneut wird auf eine breite Partizipation und die Mitwirkung der betroffenen Akteure gesetzt. Das ist mustergültig. Zudem steht mit dem prall gefüllten Fonds für Mehrwertabschöpfung ein Instrument zur Verfügung, das genau für solche Vorhaben vorgesehen ist und auch entsprechend genutzt werden soll. Meine Fraktion hat kein Haar in der Suppe gefunden. Wer in dieser Ausgangslage weitsichtiges Handeln mit aufgeschnappten oder gar falschen Behauptungen einzelner als kontrovers darzustellen versucht, beweist Rückständigkeit und einen Mangel an strategischem Denken. Es geht vorliegend nicht darum, irgendjemanden an seinem bisherigen Schaffen zu hindern oder einzuschränken. Vielmehr sollen Perspektiven aufgezeigt und künftig das vorhandene Potenzial koordiniert und daher effizienter genutzt werden. Meine Fraktion denkt vorausschauend und bedankt sich, wie schon letzten Dezember, bei allen Beteiligten für die ausgezeichnete Arbeit am Entwicklungsrichtplan und nun auch am Rahmengestaltungsplan Rigacker. Wir befürworten diesen Kredit einstimmig.

Sieroka Pia, Grüne: Die Fraktion der Grünen bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht und Antrag zum Rahmengestaltungsplan Rigacker. Ich werde mich ebenfalls kurzfassen, da vieles bereits erwähnt wurde. Der Entwicklungsrichtplan wurde unter Einbezug des Einwohnerrats, aller Fraktionen sowie der Grundeigentümer im Rigacker bereits erarbeitet. Der nächste Schritt ist nun der Rahmengestaltungsplan für das Industriegebiet Rigacker. Wenn wir jetzt stoppen, wären sämtliche Planungen hinfällig und wir würden einen Rückschritt machen. Ich bin der Meinung, dass die Optimierung der Flächennutzung wichtig ist. Ein einzelnes Unternehmen kann sich kein Parkhaus leisten, weshalb aktuell viele oberirdische Parkplätze vorhanden sind, die viel Platz beanspruchen. Das Problem der Flächenverschwendung durch Parkplätze lässt sich nur mit einem übergeordneten Konzept lösen, das den Bau von Parkhäusern ermöglicht. Dies würde den Unternehmen zugutekommen und mehr Büro- und Produktionsflächen schaffen. Deshalb stellt

der Rahmengestaltungsplan als übergeordnetes Konzept einen Gewinn für die betroffenen Unternehmen dar. Dieser Plan wird kantonsweit sehr gelobt. Eine Wohler Firma macht die Planung. Die Firmen im Rigacker wollen nicht länger auf diesen Plan warten. Wir wollen das Gebiet «Rigacker» noch attraktiver machen, damit sich weitere Firmen leichter ansiedeln können und bestehende Unternehmen wachsen können. Dies führt zudem zu zusätzlichen Steuereinnahmen in unsere Gemeindekasse. Alle, die sich mehr Unternehmen und eine wirtschaftlich stärkere Gemeinde Wohlen wünschen, sollten diesem Plan unbedingt zustimmen. Die Kosten von CHF 100'000 sind angesichts des Wohler Haushaltes von über CHF 80 Mio. tragbar und im Vergleich zum potenziellen Nutzen gering. Bitte stimmen Sie diesem Bericht und Antrag zu. Die Grünen werden zustimmen.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Die SVP Wohlen Anglikon steht mit Überzeugung hinter diesem Entwicklungsrichtplan, der die Weiterentwicklung und Ansiedlung von Unternehmen fördert, neue Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt. Unser Ziel ist klar: Wir wollen das Gewerbe nicht bremsen, sondern stärken und beflügeln. Was wir entscheidend ablehnen, sind verbindliche Papiertiger und politisch motivierte Projekte – oder nennen Sie es Partikularinteressen– wie Velowege und sogenannte «grüne Begegnungstätten» und «Wohlfühlöasen», die der Gemeinderat durchsetzen will. Solche Ideen mögen schön klingen, haben jedoch nichts in einem wirtschaftlich geprägten Entwicklungsgebiet verloren oder zumindest nur bedingt. Unternehmertum braucht Raum und keine Gängelung. Es braucht Klarheit statt Verpflichtungen. Es braucht Machbarkeit statt ideologischer Wunschträume. Wir fordern eine Planung, die den Weg frei macht und nicht eine, die ihn verbaut. Mit diesen Verbindlichkeiten und zusätzlichen Hindernissen entsteht unmissverständlich Zwang, denn solche Elemente widersprechen dem Geist unternehmerischer Entwicklung. Wir wollen nicht verhindern, sind jedoch gespannt, wie ein künftiges Parksyste aussehen soll und wer letztendlich die Kosten dafür trägt. Gerne verweise ich noch auf den ausführlichen und sehr guten Artikel im Wohler Anzeiger vom 16. Mai 2025. Ein Kompliment an die Redaktion für den gelungenen Artikel, zumal offensichtlich nicht alle diesem Antrag zustimmen. Die SVP Wohlen Anglikon stimmt diesem Antrag zu.

Zingg Lionel, FDP/Dorftteil Anglikon: Ich gebe die Fraktionsmeinung der FDP/Dorftteil Anglikon bekannt. Die Fläche ist in der Schweiz bekanntlich begrenzt. Sie nimmt immer mehr ab und wird entsprechend auch teurer. Freie Flächen sind heutzutage sehr schwierig für aktive Unternehmen zu ergattern, die investieren wollen. Es ist unserer Fraktion daher ein zentrales Anliegen, dass Gewerbe- und Industriezonen effizienter genutzt werden können. Dies ist auch das Hauptanliegen des Rahmengestaltungsplans. Ein Unternehmen will in erster Linie klare Verhältnisse und Rechtssicherheit in Bezug auf die möglichen Entwicklungsschritte. Der Rahmengestaltungsplan möchte genau dies. Er ist sinnvoll als Rahmen, um auf gemeinsamer Basis die Absprache zwischen Unternehmen zu erleichtern. Ebenfalls positiv empfinden wir, dass eine effiziente Nutzung von Grünflächen angedacht ist. Wir weisen gerne darauf hin, dass im Zweifelsfall der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang gegenüber der Freiraumgestaltung und der Schaffung von Begegnungszonen einzuräumen ist. Die Schaffung von Begegnungszonen soll nicht das Hauptthema eines Industriegebiets wie dem Rigacker sein, sondern ist vielmehr im Isler-Areal, rund um den Park Villa Isler oder entlang des Bünz Ufers am richtigen Ort. Zudem wird die Finanzierung über den Fonds der Mehrwertabschöpfung als positiv erachtet. Somit wird die Erfolgsrechnung der Gemeinde Wohlen nicht belastet. Aufstockungen müssen möglichst bald stattfinden. Diese können nicht auf die Revidierung der Bau- und Nutzungsordnung warten. Die Fraktion FDP/Dorftteil Anglikon unterstützt den Verpflichtungskredit zur Erarbeitung des Rahmengestaltungsplans mehrheitlich.

## **Einzelvoten**

Keller Samuel, FDP: Wir sind zwei bis drei Unternehmer, die ich nun versuche zu vertreten. Unternehmen mögen Freiheit. Freiheit, um Absprachen zu machen und keinen Zwang zu erleben. Die geplante Veränderung der Bau- und Nutzungsordnung schränkt uns zu stark ein. Plötzlich müssen Parkplätze bezogen und mitbezahlt werden. Solche Fragen und Unklarheiten belasten uns. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, bleibt alles so wie jetzt. Wie die Situation aktuell aussieht, werde ich Ihnen nun erklären: Auf der Webseite Wohlen.ch kann über das Suchfeld «BNO» gesucht werden. Gleich an erster Stelle erscheint der entsprechende Bericht. Auf Seite 5 der Bau- und Nutzungsordnung befindet sich die Tabelle 8, auf die ich nun eingehen möchte. Diese Tabelle wurde zuletzt im Rahmen der Teilrevision im Jahr 2013 angepasst. Sie enthält unter anderem Angaben zur maximalen Ausnutzungsziffer, zu Gebäudehöhen und Abständen für die Kernzone, die Steingasse, Bahnhof Süd sowie die Wohn- und Gewerbebezonen WG 1, 2, 3, 4 und die Wohnzonen W 1, 2, 3. Zusätzlich gibt es ein G für Gewerbebezonen und ein I für Industriezonen. Bei diesen beiden Zonen ist überall ein 0 aufgeführt. Die Legende führt auf: «0 bedeutet die Festlegung durch den

*Gemeinderat*». Das bedeutet, dass der Gemeinderat jederzeit individuell mit Unternehmen vereinbaren kann, wie hoch und breit gebaut werden darf und welche Ausnutzungsziffern gelten. Der Gemeinderat lügt uns an und kennt offensichtlich diese Tabelle nicht. Als Vertreter werde ich diesem Geschäft nicht zustimmen. Ich bitte sämtliche Unternehmer in Wohlen, die diese Sichtweise teilen, auch in die Politik zu kommen. Somit kann die Fehlleitung, wie wir sie nun erleben, nicht unterstützt werden.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich staune, was die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde sowie die Parlamentsmitglieder diesem Bericht und Antrag alles entnehmen können – Dinge die dort eigentlich gar nicht drinstehen. Beispielsweise behauptet Renato-Raffaele Hübscher, der Gemeinderat habe Fantasien und möchte uns Ideologien aufzwingen. Explizit wurden die Velowege erwähnt. Ich habe das Dokument geprüft und an keiner Stelle wird ein Veloweg erwähnt. Dies ist reine Fantasie die Sie, Renato-Raffaele Hübscher, uns überbringen wollen. Dies ist ein Rahmengestaltungsplan und der Gemeinderat nimmt noch keinen konkreten Bezug darauf, was stattfinden soll. Nun mit Hirngespinsten zu kommen und dem Gemeinderat ideologische Absichten zu unterstellen, ist hier schlichtweg fehl am Platz. Samuel Keller, wir wissen alle, dass Landwirte bekanntlich sehr schlau sind. Zurecht werden sie auch gelobt dafür. Vor Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten haben sie die sogenannte Melioration über sich ergehen lassen. Warum haben sie das zugelassen? Weil sie wussten, dass ihre landwirtschaftlichen Flächen so stark verzettelt waren, dass eine Nutzung nur sehr schwierig möglich war. Das haben diese Landwirte vor langer Zeit bereits verstanden und haben sich zusammengetan, um ein Optimum der landwirtschaftlichen Flächen zu erreichen. Nichts anderes geschieht nun in dieser Industriezone. Man will gemeinsam mit allen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern das Maximum der zur Verfügung stehenden Flächen herausholen. Dies zum Wohl der Unternehmer und unserer Gemeinde – nichts anderes. Auch die Bauern haben das verstanden.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich bin Unternehmer. Samuel Keller hat vorher erwähnt, dass wir es nicht mögen, wenn uns etwas auferlegt wird. Diesbezüglich hat er vollkommen recht. Trotzdem erkenne ich als Unternehmer schnell: Mit diesem Vorgehen könnte ich Geld generieren oder verdienen. Jedoch stellt sich mir in Bezug auf den Rahmengestaltungsplan eine Frage: Wie wollen wir die Parkierungsflächen schaffen, welche 16% bis 17 % des Areals für Autos beanspruchen? Diese Autos fahren hin, parkieren dort und die Leute gehen arbeiten. Das ist viel Fläche, welche anders genutzt werden kann. Der Gemeinderat ist diesbezüglich auf dem richtigen Weg, und der Rahmengestaltungsplan ist sinnvoll. Wenn ich dieses Projekt und die Daten durchlese, frage ich mich jedoch: Wo wird die Grünfläche erstellt? Ich bin für Grünflächen, auch in den Industriegebieten. Wir brauchen Bäume und Sträucher damit die Hitze gemildert werden kann. Dies würde ich sehr befürworten. Wenn wir diesem Antrag zustimmen, soll die Gemeinde der Strasse entlang Bäume pflanzen und pflegen. Die Kosten gehen zulasten der Gemeinde. Unternehmen haben Industrieboden. Plötzlich heisst es nun, dass auf dieser Fläche eventuell Grünzonen geschaffen werden. Arsène Perroud konnte jedoch nicht beantworten, wo genau diese Grünflächen innerhalb der Industriezone realisiert werden sollen. Welches Unternehmen ist bereit, sein Grundstück auf eine Grünfläche umzubauen. Auf dieser Fläche könnte nie mehr etwas produziert werden. Erhalten die Unternehmen, ähnlich wie beim Baurechtszins, einen Grünflächenzins? Wenn ja, ist dieser auf Jahre oder Jahrzehnte begrenzt? Wie sollen die Parkierungsmöglichkeiten angepasst werden? Wo ist geplant, ein Parkhaus zu realisieren und gibt es jemanden, der dieses Projekt umsetzt? Dies würde nämlich viel Geld kosten – wir sprechen hier von Millionen. Ein Unternehmer investiert, wenn er daraus einen Gewinn generieren kann. Wie soll man die Unternehmen des Industriegebiets ins Boot holen? Hat der Gemeinderat dazu eine konkrete Idee? Damit neue Industrie realisiert wird kann und die Parkflächen eliminiert werden dürfen, müssen sie sich die Eigentümer jedoch im Parkhaus «einkaufen». Ich frage mich, ob solche Regelungen bereits vorhanden oder abgehandelt sind. Wenn die Regelungen klar sind und die Grünflächen eindeutig ausgewiesen werden, werden ich sowie weitere Unternehmer im Industriegebiet die Letzten sein, die etwas dagegen haben. Das sind viele wichtige Fragen, die zuerst beantwortet werden müssen. Ich habe zahlreiche Telefonate geführt, mich mit Freunden darüber ausgetauscht, und alle waren der Meinung, dass es eine super Idee ist. Für alle stellte sich jedoch die Frage: Wer stellt diese Fläche zur Verfügung? Woher werden diese Flächen geholt? Ein Unternehmer gibt sicher nichts her, wenn er keinen Gewinn daraus ziehen kann. Ich bin mir deshalb noch unsicher, ob ich diesem Bericht und Antrag zustimmen kann. Der Rahmengestaltungsplan ist gut und muss auch gemacht werden, jedoch müssen diese Fragen vorgängig geklärt werden.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Einwohnerrat Samuel Keller hat mich als Lügner bezeichnet und behauptet, dass der Gemeinderat keine Kenntnis über die Bau- und Nutzungsordnung hatte. Dies sind unausstehliche Vorwürfe, die keinerlei Hand und Fuss haben. Ich bitte den Einwohnerratspräsident bei solch unpassenden Äusserungen auch seine Funktion wahrzunehmen und einzuschreiten. Ich bin mir sicher, dass ich mit dem Vorwurf, keine Ahnung von der Bau- und Nutzungsordnung der Gemeinde Wohlen zu haben, der falsche Adressat bin. Entsprechend habe ich auch nicht gelogen. Nun komme ich zu meinen Ausführungen. Gerne möchte ich die Unsicherheit von Daniel Heinrich nehmen. Alle gestellten Fragen

gehören zur Thematik des Planungsprozesses, der genau deshalb umgesetzt werden muss. Ich wiederhole daher gerne meine Ausführungen zur Rückweisungsdebatte:

*«Die Gemeinde muss ihre Aufgabe als Planungsbehörde wahrnehmen, um für Industriegewerbe möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen».*

Genau diese Fragen, wo so etwas stattfinden soll, müssen im Planungsprozess erarbeitet werden. Momentan haben wir dazu keine Grundlagen. Diese Grundlagen müssen zunächst erarbeitet werden und hierfür braucht es zwingend den Projektierungskredit. Ansonsten kommen wir nie dazu. Zudem ist es schlichtweg nicht möglich, diese Fragen bereits vor der Planung zu beantworten. Man muss planen können, Gespräche führen und den Bedarf abklären. Wie die Potenzialanalyse für das Gebiet «Rigacker» aufgezeigt hat, werden die Unternehmen langfristig das Problem haben, dass nicht genügend Parkplätze für die mögliche Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen. Genau dafür braucht es eine gemeinsame Koordination und die Nutzung von Synergien. Genau das steckt dahinter. Samuel Keller, wenn gesagt wird, es gäbe mehr Zwänge und Regeln durch den Rahmengestaltungsplan: Das Ziel ist vielmehr, an den bestehenden und geltenden Regeln der Bau- und Nutzungsordnung zu arbeiten. Vor allem geht es darum, diese zu verbessern und bessere Möglichkeiten zu schaffen. Ich möchte dies aufzeigen mit der Thematik der Grünflächen. Es ist gesetzlich verankert, dass Unternehmen einen gewissen Prozentsatz ihrer Grundfläche als Grünfläche gestalten müssen. Ob uns das gefällt oder nicht, spielt keine Rolle. Es muss einfach so umgesetzt werden, ansonsten wird das Baugesuch nicht bewilligt. Es ist eine gesetzliche Pflicht, die übergeordnet vorgegeben wurde. Dies ist keine Vorstellung oder Idee von uns, sondern eine kantonale Vorgabe.

Eine mögliche Variante wäre, dass jedes Unternehmen die geforderten 10% bis 20 % in Form eines Grünstreifens auf dem eigenen Grundstück umsetzt. Dabei würden die Unternehmer sich wahrscheinlich darüber aufregen, dass sie diese Grünflächen individuell pflegen müssen. Alternativ könnte eine gemeinsame Grünzone realisiert werden, an der sich alle beteiligen. So müssten nicht alle einzeln eine Grünfläche schaffen, würden aber dennoch zur Aufenthaltsqualität beitragen – beispielsweise als Ort für die Mittagspause der Mitarbeitenden. Dafür muss man einfach zusammenarbeiten und gesamthaft planen. Schlussendlich geht es darum, aus dem bestehenden und beschränkten Boden das möglichst grösste Potenzial an Produktions- und Gewerbefläche herauszuholen. Ohne eine effektive Aufführung und Begründung wird es auch keinen weiteren Quadratmeter an Gewerbefläche geben. Dies muss im Rahmen einer Planung umgesetzt werden. Ohne die Planung garantiere ich Ihnen, dass nichts geschehen wird. Dann bleibt alles wie bestehend und Synergien können nicht genutzt werden. Deshalb muss man diesen Weg einschlagen. Die Investition von CHF 100'000 in die Planung stellt einen kleinen, aber sinnvollen Beitrag dar, damit schlussendlich alle davon profitieren können. Ich hoffe, hiermit die Zweifel, insbesondere von Daniel Heinrich, ausgeräumt zu haben sowie die Notwendigkeit betont zu haben. Letztendlich ist noch nicht festgelegt, wo eine Grünfläche geschaffen wird, wo allfällige Parkierungslösungen umgesetzt werden oder wie alles konkret aussehen wird. Es geht jetzt erst darum, den Planungskredit zu sprechen, damit man sich überhaupt diesen Fragen widmen und sie angehen kann.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Erarbeitung des Rahmengestaltungsplans «Rigacker» im Gesamtbetrag von CHF 100'000 (inkl. 8.1% MWST).*

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme angenommen.

**Motion 15109 betreffend «Finanzstrategie»**

---

Pascolin Laura, SP: Erst einmal danke ich herzlich für die ausführlichen Antworten zur Motion. Der Gemeinderat sagt, dass die Gemeinde bereits viele Steuerungsinstrumente hat – wie das Leitbild, den Legislaturplan, den Finanzplan und die rechtlichen Grundlagen, die einen Mindeststandard setzen. Ich sehe das so: Diese Instrumente sind wichtig, aber was uns fehlt, ist ein gemeinsamer Rahmen – eine klare Finanzstrategie. Die Finanzstrategie steht auf einer anderen Ebene als die anderen Steuerungsinstrumente. Sie setzt die Leitplanken, ordnet, priorisiert und verbindet die verschiedenen Elemente miteinander. Ohne eine solche Strategie entsteht leicht eine Doppelspurigkeit, weil es keine klare Linie gibt. Damit schafft sie langfristig auch Entlastung für die Verwaltung. Der Finanzplan zeigt uns, was wir tun wollen. Die Finanzstrategie dagegen beantwortet die entscheidenden Fragen: Warum wollen wir das tun? Wie viel Geld steht dafür zur Verfügung? Wie lange wollen wir diesen Kurs verfolgen? Und mit welchen Risiken müssen wir rechnen? Deshalb halte ich eine Finanzstrategie für unerlässlich, um die vorhandenen Instrumente sinnvoll zu ergänzen und die finanzielle Steuerung unserer Gemeinde noch zielgerichteter zu gestalten.

Ich werde die Motion zurückziehen, da der neue Gemeinderat ab 2026 sowieso die Aufgabe haben wird, sich intensiv mit den Finanzen auseinanderzusetzen. Dennoch hoffe ich, dass diese Überlegungen heute schon als wertvolle Grundlage dienen können.

**Motion 15122 Kosten von neuen Stellen andernorts einsparen (Kostenneutralität)**

---

Stäger Dieter, FDP: Sie mögen sich bestimmt alle daran erinnern, dass in den letzten Monaten die Kosten oft Thema in den Einwohnerratssitzungen waren. Diverse Motionen, Anfragen und viele Diskussionen drehen sich rund um dieses Thema. Letztendlich ging es, wie auch jetzt, immer nach dem Willen des Gemeinderats. Laura Pascolin hat ihren Antrag zurückgezogen, wobei ich nicht genau weiss weshalb, da ich den Saal kurz verlassen hatte. Jedoch zeigt der Rückzug, dass der Gemeinderat keinesfalls die Führung in Sachen Finanzen aus der Hand geben will. Wir in diesem Saal fallen immer wieder darauf rein. Eigentlich sind wir diejenigen, die bei Finanzangelegenheiten bestimmen können. Nicht der Gemeinderat.

Fakt ist, wir haben ein Finanzproblem. Meine Motion will vor allem eins: Den Gemeinderat und die Verwaltung dazu bringen, sich vor neuen Stellenbeantragungen genau zu überlegen, wo Einsparpotenzial besteht oder wo zusätzliche Kosten entstehen könnten. Eigentlich hat der Gemeinderat dies mittels dem heutigen Stellenantrag bereits vorgelebt und gezeigt, dass es funktioniert. Man konnte klar belegen, dass ein Ertrag generiert wird. Ich möchte den Gemeinderat nicht dazu nötigen, Kosten einsparen zu müssen. Vielmehr soll er sich jeweils überlegen, wie entstehende Zusatzkosten kompensiert werden können. Ich war nett und habe nur 50% der Zusatzkosten verlangt. Es geht darum, ein Umdenken in der Verwaltung und innerhalb des Gemeinderates anzuregen. So können wir nicht weiterwirtschaften oder hat irgendjemand hier Lust, in wenigen Jahren einen Steuereffuss von 125% zu haben? Das darf nicht geschehen und wir müssen etwas dagegen unternehmen. Dies ist der Hintergrund dieser Motion und ich bitte Sie daher, dieser Motion zuzustimmen, damit der Druck auf die Verwaltung und den Gemeinderat erhöht wird.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Die Überlegungen, welche gefordert sind, werden natürlich immer gemacht. Der Gemeinderat ist nicht dafür bekannt, übertriebene Stellenanträge zu stellen, ohne die Notwendigkeit anhand von Datengrundlagen und Zahlen nachvollziehbar zu begründen. Im Gegenteil sind wir eher zurückhaltend. Heute haben wir das perfekte Beispiel einer Stellenbeantragung, da wir uns in der Vergangenheit schlichtweg zu fest zurückgehalten haben. Diese Überlegungen finden überall statt.

Die vorliegende Motion verlangt, dass bei jeder neuen Stelle mindestens 50% der Kosten durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden sollen. Was auf den ersten Blick nach finanzpolitischer Disziplin klingt, verletzt in Wahrheit zentrale Prinzipien unseres Rechtssystems. Erstens: Der Mechanismus widerspricht dem Grundsatz der Einheit der Materie. Neue Stellen entstehen aufgrund klar definierter Aufgaben und Anforderungen. Sie müssen einzeln begründet, beraten und beschlossen werden. Wenn nun bei jeder Stelle automatisch Einsparungen in anderen, sachlich nicht zusammenhängenden Bereichen verlangt werden, entsteht eine willkürliche Abhängigkeit zwischen unabhängigen Entscheidungen. Das ist rechtlich unzulässig und zudem politisch problematisch solche Sachen zu überkreuzen. Zweitens: Der Einwohnerrat würde sich mit einer solchen Regelung seiner eigenen Kompetenzen berauben. Wie es Dieter Stäger richtig ausgeführt hat, ist es die Kompetenz des Einwohnerrates das Budget zu verabschieden, Stellen und generell Geschäfte zu genehmigen. Wir als Gemeinderat beantragen lediglich. Es ist daher die Aufgabe des Einwohnerrats, im Rahmen der Beratung der Geschäfte eigenständig zu entscheiden und nicht, sich durch Automatismen und starre Kompensationsvorgaben in der Entscheidungsfreiheit zu beschneiden. Der Gemeinderat bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Stäger Dieter, FDP: In dieser Motion ist klar definiert, dass der Gemeinderat Vorschläge machen muss, wie kompensiert werden kann. Der Entscheid sowie die Zustimmung oder Ablehnung ist letztendlich weiterhin beim Einwohnerrat. Es geht nur um den Vorschlag und hat nichts mit Willkür zu tun. Der Inhalt der Motion ist abgestimmt, mit dem Rechtsdienst des Kantons. Ich habe schriftlich vom Rechtsdienst, dass dies rechtlich verhebt und machbar ist.

## Fraktionsmeinungen

Sieroka Pia, Grüne: Wir wissen, dass die Gemeinde regelmässig prüft, ob bestehende Stellen noch benötigt werden. Wie wir heute gesehen haben, werden neue Stellen sehr defensiv beantragt. Man hat Zahlen, die eigentlich ein höheres Stellenpensum benötigen, jedoch wird vorsichtigerweise und kostenbewusst weniger beantragt. Diese Vorstellung, dass man an einem Ort jemanden einstellt und am anderen Ort jemanden entlässt, ist sehr unsinnig. Vor allem in Anbetracht, dass die Gemeinde weiterhin wächst. Wenn man sich ein Krankenhaus vorstellt: Dieses wächst mit einer neuen Station, also wird eine neue Pflegeperson eingestellt, aber dafür muss eine Ärztin entlassen werden. Oder eine Schule wächst, es braucht eine neue Klasse, also wird eine Lehrperson eingestellt – stattdessen muss dann der Hauswart entlassen werden? Das funktioniert schlichtweg nicht. Ausserdem scheint der Motionär davon auszugehen, dass im Wohler Gemeindehaus die Füsse auf dem Tisch zur Tiefenentspannung liegen. Im Gegenteil sehe ich das Risiko, dass Gemeindeangestellte vorsätzlich ausgebrannt werden, die Arbeitsbelastung zu hoch ist, weil nicht genug Personen angestellt werden. Die Gemeinde hat eine Verantwortung als fairer Arbeitgeber, die der Einwohnerrat unterstützen sollte. Wir beantragen die Nichtüberweisung!

Sax Manuel, GLP/EVP: Die GLP/EVP Fraktion lehnt die vorliegende Motion zur Kostenneutralität geschlossen ab. Nicht, weil wir gegen Effizienz oder Haushaltsdisziplin wären – im Gegenteil. Jedoch ist der vorgeschlagene Mechanismus unserer Meinung nach ungeeignet. Eine starre Vorgabe, bei jeder neuen Stelle zwingend 50% der Kosten an anderer Stelle zu kompensieren oder Mehreinnahmen zu generieren führt dazu, dass nicht zusammenhängende Aufgabenbereiche künstlich miteinander verknüpft werden könnten. Dies ist sachlich nicht zielführend. Zudem ist grundsätzlich fraglich, ob eine funktionierende Gemeindeverwaltung nach Annahme der Motion gewährleistet werden kann. Wir anerkennen das Anliegen der Motionäre, fordern aber praktikable Lösungen mit Sachverstand statt starrer Mechanismen. Daher bitten wir Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Allenspach Simone, SP: Gratulation an alle, die durchgehalten haben und morgen einen ganzen Tag frei haben. Wir von der Fraktion SP finden diese Motion so nicht umsetzbar, weil die Einheit der Materie nicht eingehalten wird. Es kann nicht sein, dass man für neue Stellen bei vorhandenen Stellen, die nicht mit der neuen Stelle in Verbindung stehen, einbüsst. Auch ist es so, dass Stellenanträge immer vom Einwohnerrat diskutiert, geändert oder abgelehnt werden können. Es wird auch weiterhin kein Automatismus geben, die Hoheit bleibt beim Einwohnerrat. Die Fraktion der SP wird diese Motion entsprechend ablehnen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die FDP sparen möchte. Gut so! Dies aber auf Kosten anderer Abteilungen. Selbst wenn der Gemeinderat nur einen Vorschlag macht und 50% irgendwo einsparen muss, schafft dies Misstrauen unter den Abteilungen und den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, da jemandem etwas weggenommen wird. Wenn wir den Gemeinderat zu solchen Massnahmen verpflichten, endet dies nicht gut unter den Mitarbeitenden. Das Vertrauen leidet! Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass wir über das Budget und über die einzelnen Stellenbegehren genügend Einfluss nehmen können. Unsere Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Die Grundidee, bei der Schaffung neuer Stellen gleichzeitig an anderer Stelle personelle Ressourcen einzusparen, klingt auf den ersten Blick vernünftig. Doch wie so oft in der Praxis: Die Umsetzung scheitert und warum? Weil sie weder realistisch noch praktikabel ist. Zumindest nicht ohne erheblichen administrativen Mehraufwand oder zusätzliche personelle Ressourcen, die genau das Gegenteil bewirken. Zudem sagt der Gemeinderat im Fazit unter Punkt 3.6 «... dem Kernanliegen der Motion bereits heute zu entsprechen mit Verweis auf gesetzliche Regelungen und gelebte Praxis.» Diesbezüglich habe ich viele weitere Notizen gemacht. Wie ich gemäss Arsène Perroud verstanden habe, zeigt die Gemeinde dies schon in jenem Beispiel des Betreibungsamtes auf. Habe ich das richtig verstanden? Ansonsten wäre ich ausführlicher geworden. Die SVP Wohler Anglikon unterstützt diesen Vorstoss nicht.

## Abstimmung

*Die Motion 15122 betreffend Kosten von neuen Stellen andernorts einsparen (Kostenneutralität)*

wird mit 5 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

**Antwort zur Anfrage 15125 betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung  
Gemeindehaus**

---

Manfred Breitschmid, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort zu meiner Anfrage. Mit dem Ergebnis bin ich nicht zufrieden, eine Diskussion wünsche ich jedoch nicht.

**Antwort 15138 zum Verkauf gemeindeeigener Liegenschaften**

---

Parvex Olivier, GLP: Matthias Angst und ich sind zufrieden mit den ausführlichen Antworten zu unseren Fragen. Wir danken für die Beantwortung und wünschen keine Diskussion.

Läufer Marc, Präsident: Letztendlich möchte ich noch eine Bemerkung anbringen. Gemeindeammann Arsène Perroud sagte, ich hätte nicht eingeschritten, als er als Lügner bezeichnet wurde. Arsène Perroud, das haben Sie vielleicht nicht mitbekommen – ich habe dies Samuel Keller klar mitgeteilt. Wir hatten heute Abend Schülerinnen und Schüler als Gäste. Ich bin der Meinung, dass ein öffentlicher Schlagabtausch im Saal kein gutes Bild der politischen Kultur vermittelt hätte, weshalb ich mich in diesem Moment dazu entschieden habe, nicht einzugreifen.

Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr konstruktives Mitwirken. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 23. Juni 2025 um 19.00 Uhr statt.

Für das Protokoll



Marc Läufer  
Präsident



Michelle Hunziker  
Aktuarin